

Führler-Wolf Christine

Von: Martin Sielmann <martin.sielmann@yahoo.com>
Gesendet: Freitag, 1. Juli 2022 09:28
An: Landrat Anton Speer; Kleißl Michael; Führler-Wolf Christine
Betreff: Mein Antrag zum G7-Gipfel

Sehr geehrter Landrat, sehr geehrte Frau Führler-Wolf, sehr geehrter Herr Kleißl,
in der gestern versandten Fassung meines Antrags zum G7-Gipfel war an der einen oder anderen Stelle noch der Fehlerteufel zugange. Deshalb habe ich diesen Antrag überarbeitet und sende Ihnen hiermit die überarbeitete Fassung zu.

Bitte verwenden Sie diese.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für ein gutes Wochenende ohne weitere Unwetter.
Martin Sielmann, Kreisrat.

Antrag

Wir werden den G7-Gipfeln nicht ohne weiteres entgehen können - und sollten dafür Kompensationen einfordern

I. Begründung:

Realistisch betrachtet werden der Landkreis und seine Bürger auch den nächsten G 7-Gipfel bewältigen müssen, wenn Deutschland 2029 wieder den Vorsitz der G 7 haben wird. Dasselbe gilt übrigens für sämtliche politische Gipfel, die die Bundesregierung beabsichtigt, zukünftig auszurichten. Es sei hier an die NATO-Gipfel erinnert.

Warum?

Schloss Elmau und Schloss Kranzbach, beides Gipfel-fähige Spitzenhotels, liegen dafür in Bezug auf die Sicherheit der Staatsgäste ideal.

Kaum jemand hier will, dass der Landkreis regelmäßig aufgrund höherer Gewalt aus Berlin in den Ausnahmezustand versetzt wird, der Einschränkungen der Freizügigkeit, das Vergraulen von Stammgästen, Einbußen beim Einzelhandel und in der Gastronomie, gestörte Abiturprüfung und vieles andere Negative mehr mit sich bringt.

Wir können nur hoffen, dass sich die Politik dazu durchringt, das anachronistische, bürgerfeindliche Grundkonzept dieser Gipfel zu ändern mit Protokollstrecken, die ganze Orte stundenlang teilen, mit Partnerprogrammen, die nur Steuergelder kosten und nichts bringen, oder mit abendlichen/nächtlichen Hubschrauberflügen zu "Staatsbanketten" nach München.

Bundeskanzler Scholz hat als Ergebnis des Gipfels in Schloss Elmau bekräftigt, "den Klimaschutz voranzutreiben". Der Kreistag sollte vor dem Hintergrund dieser Aussage in seiner Resolution fragen, welche ökologischen Mehrkosten dieser Gipfel gebracht hat im Vergleich zu einem Gipfel, der beispielsweise auf dem Messegelände in München-Riem abgehalten worden wäre.

Die Hoffnung besteht, dass eine scharfe Resolution des Landkreises dazu beiträgt, in Berlin zu einem Umdenken beizutragen.

Diese an die Bundesregierung gerichtete Resolution darf allerdings keine "Eintagsfliege" sein, sondern sie muss spätestens nach Bildung der nächsten Bundesregierung erneuert werden, denn der oder die Bundeskanzlerin entscheidet über den Ort, an dem der nächste Gipfel unter deutschem Vorsitz stattfindet. Und das soll nicht mehr am Fuße des Wettersteingebirges sein, es sei denn, der Bund entschädigt uns.

II. Anträge

A.

Die von der Fraktion der Freien Wähler Garmisch-Partenkirchen-Oberes Loisachtal eingebrachte Resolution wird um die folgenden Punkte ergänzt:

1.

Der Landkreis Garmisch-Partenkirchen und seine Bürger haben als Austragungsort der G7 Gipfel 2015 und 2022 Enormes und Außerordentliches für die Bundesrepublik Deutschland geleistet. Sie haben sich nicht um die Gipfel beworben. Deshalb ist es nur fair und gerecht, dass der nächste G7-Gipfel oder andere Gipfel unter deutschem Vorsitz nicht mehr im Landkreis stattfinden.

2.

Die Bürger des Landkreises haben neben materiellen auch immaterielle Schäden erlitten. Zu nennen sind hier massive Einschränkungen der Freizügigkeit, das ist ein demokratisches Grundrecht, der Abiturprüfungen, Einbußen für Einzelhandel und Gastronomie und entsprechende Ausfälle bei der Gewerbesteuer, die Absage an Stammgäste, die Verschiebung der Richard-Strauss-Tage, die Schließung des Eisstadions Garmisch-Partenkirchen usw. usf. Leider lassen sich diese Einbußen, soweit dies überhaupt möglich wäre, nicht beziffern, weil die Entscheidung sehr kurzfristig fiel, den G 7-Gipfel in Elmau auszurichten.

Der Landkreis erwartet deshalb als Ausgleich eine angemessene Zahlung des Bundes an das Landratsamt und die Märkte und Gemeinden im Landkreis. Diese Zahlungen sollen direkt der Daseinsvorsorge und den Bürgern zugute kommen, beispielsweise den Schulen oder den Kliniken im Landkreis.

3.

Der Landkreis bittet die Bundesregierung, öffentlich zu machen wie hoch die ökologischen Kosten des Gipfels insbesondere mit Blick auf den Kampf gegen Klimawandel waren. Der Landkreis erinnert dabei an entsprechende Aussagen der G7 und an die Tatsache, dass der Landkreis besonders vom Klimawandel bedroht und betroffen ist.

B.

Das Landratsamt behält die zentrale Schadensausgleichsstelle bei, die es für Schäden wegen oder infolge des G 7-Gipfels eingerichtet hat. Das Landratsamt ermutigt die Bürger, auch immaterielle Schäden oder Umsatzausfälle dort zu melden, die durch den G7-Gipfel den Bürgern und dem Einzelhandel entstanden sind. Diese Meldungen werden vertraulich behandelt und anonymisiert. Die Ergebnisse dienen für Verhandlungen des Landkreises mit dem Bund über die unter A. genannten Ausgleichszahlungen bzw. für Verhandlungen, falls der Bund den nächsten Gipfel im Landkreis ausrichten will:

gez. Martin Sielmann

FDP-Kreisrat